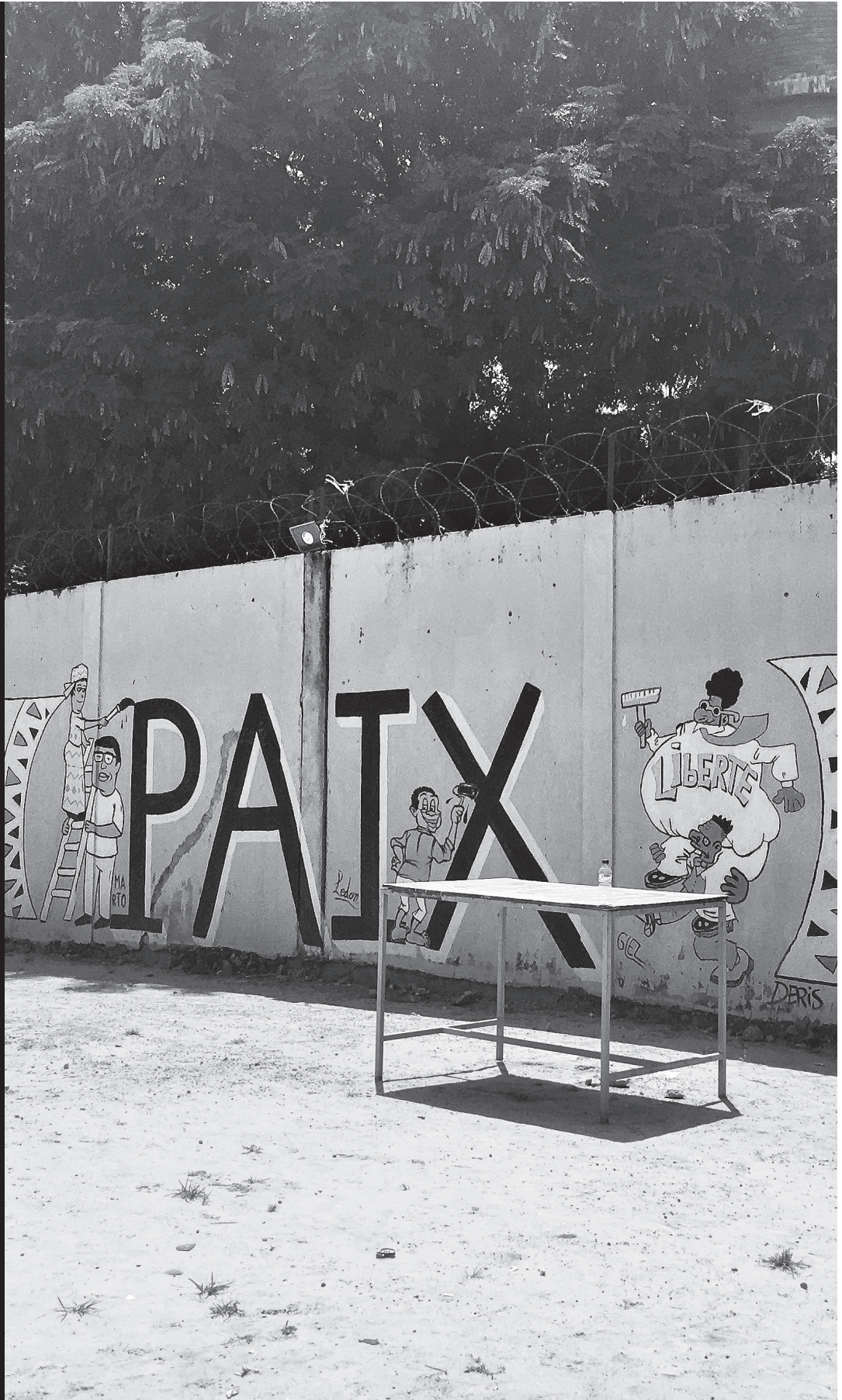


afrika-bulletin

Mai 2023
Fr. 7.-/Euro 7.-



Sicherheit – ein knappes Gut





Veit Arlt ist Geschäftsführer des Zentrums für Afrikastudien an der Universität Basel und Mitglied des Redaktions-Komitees. Kontakt: veit.arlt@unibas.ch.

Jetzt mit TWINT spenden:

- QR-Code mit der TWINT-App scannen
- Betrag eingeben und Adresse
- Betrag und Spende bestätigen



Impressum

Ausgabe 190 | Mai 2023

ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 48. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Rüdengasse 2, Postfach, 4001 Basel, Schweiz
Telefon: (+41) 061 691 62 93

E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: IBAN CH260900 0000 4001 7754 3

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Pius Frey, Elisa Fuchs, Susy Greuter (Red.), Melina C. Kalfelis, Thomas Kesselring, Elísio Macamo, Barbara Müller (Red.), Mwenda Ntarangi, Hans-Ulrich Stauffer (Red.)

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 40.–/Euro 40.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 50.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 60.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 191: 31. Juli 2023
Schwerpunktthema: 50 Jahre Afrika-Komitee
Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Transnationale Migration, Silk&Belt Initiative

Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Wandbild in Ouagadougou (Bild: Melina C. Kalfelis 2021).

«Weltmeister der Absicherung» – die Schweiz und ihre Bewohner:innen hätten wohl intakte Chancen auf diesen Titel. Seit vielen Jahren erfreuen sie sich einer enorm hohen Stabilität und Sicherheit, sei es im Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Versorgung, der öffentlichen oder der sozialen Sicherheit. Ja, wir sitzen förmlich wie die Maden im Speck und lassen es uns gut gehen! Logisch, haben Versicherungen einen gewichtigen Anteil an unserer Volkswirtschaft, und gilt die Schweiz als das Land mit der höchsten Versicherungsdichte. Hauptsorge ist oftmals nicht, ob sich ein Haushalt eine Versicherung leisten kann sondern vielmehr, ob nicht eventuell eine Überversicherung besteht. Aus dieser Warte heraus fällt es Vielen schwer sich in die Lebensrealität der grossen Mehrheit der Weltbevölkerung zu versetzen, deren Alltag und Leben von grosser Unsicherheit in allen Bereichen geprägt ist.

Das Thema Sicherheit und die oben erwähnte Spannung hat uns im Redaktions-Komitee sofort angesprochen. Gleichwohl hatten wir Mühe, Sicherheit als Heftthema zu fassen. Gerne hätten wir die verschiedensten Dimensionen von Sicherheit dargestellt, doch waren diese schlicht zu zahlreich für den zur Verfügung stehenden Platz. So beschränkten wir uns auf die Bedingungen, unter denen Sicherheit erzeugt werden kann. Welche Rolle spielt der Staat als Produzent von Sicherheit? Wie kann ein Staat mit beschränkten Ressourcen die Bevölkerung in diesen Prozess einbeziehen? Welcher Zusammenhang besteht zwischen politischer Legitimität und Sicherheit? Und müsste Sicherheit nicht viel umfassender und integriert gedacht werden?

Ein Ereignis, das jüngst die Schweiz einigermassen zu erschüttern vermochte, ist der Zusammenbruch der Credit Suisse. Thomas Kesselring befasst sich seit 2016 mit dem Kreditskandal der Grossbank in Mozambique, der ein ganzes Land in eine immense Schuldenkrise stürzte. Kesselring kommt grosses Verdienst zu für seinen unermüdlichen Einsatz und seine beharrlichen und unbequemen Voten an den Aktionärs- und Generalversammlungen der Credit Suisse. Sein Beitrag zeigt spannende Parallelen zwischen der Mozambique-Affäre und der Abwicklung der Grossbank auf.

Um auf einer leichteren Note zu enden, sei auf mehrere Jubiläen hingewiesen, die wir dieses Jahr feiern dürfen. Das Afrika-Komitee wird tatsächlich schon fünfzig Jahre alt und bewegt sich dabei im Mittelfeld zwischen dem Solifonds (40 Jahre) und dem Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika fepa (60 Jahre). Diese auf der letzten Seite angekündigten Jubiläen werden mit verschiedenen Anlässen gefeiert. Die Leserschaft des Afrika-Bulletins ist herzlich dazu eingeladen.

Ich wünsche eine gute Lektüre!

Veit Arlt

Der Staat als Produzent von Sicherheit

Für wie lange noch?

Das Leben auf dem afrikanischen Kontinent ist von Unsicherheit geprägt und viele Länder erfahren in den letzten Jahren eine dramatische Zunahme von Gewalt und Unsicherheit. Der Soziologe Elísio Macamo weist auf die Schwierigkeit hin, den Staat als Garanten von Sicherheit im umfassenden Sinne zu erhalten, zumal wenn die Rahmenbedingungen von aussen und mit den Interessen der westlichen Industriestaaten im Blick diktiert werden.

Einige Jahre nach der Unabhängigkeitswelle in Afrika, genauer gesagt in den 1970er Jahren, als Bürgerkriege, Staatsstriche und Wirtschaftskrisen auf dem ganzen Kontinent wüteten, begannen einige Afrikaner:innen bitterlich zu fragen, wann die Unabhängigkeit enden würde. Eine gewisse Verzweiflung machte sich in der Bevölkerung breit, die die Selbstbestimmung mit Euphorie und Hoffnung auf eine bessere Zukunft begrüsst hatte.

Enttäuschte Hoffnung

Diese Hoffnung war berechtigt. Das Problem ist jedoch, dass Geschichte nie einem festen Drehbuch folgt. Nur weil wir Selbstbestimmung wollen, damit die Zukunft besser werde, wird die Zukunft nicht auch tatsächlich besser sein. Geschichte ist bekanntlich nicht linear. Selbst für diejenigen, die heute unter besseren politischen und wirtschaftlichen Bedingungen leben, ist sie nicht linear verlaufen. Vielmehr hat die Geschichte eine obsessive Vorliebe für Abkürzungen und eine Manie für die Wiederholung der negativsten Episoden.

Manche mögen denken, dass die Wiederholung der Geschichte – erst als Tragödie und dann als Farce, um Karl Marx in «Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte» zu paraphrasieren – die Unfähigkeit des Menschen – oder bestimmter Menschen – zum Ausdruck bringt, aus ihren Fehlern zu lernen. Es wäre schön, wenn dem so wäre. Leider ist es das aber nicht. Tragödie und Farce werden höchstwahrscheinlich unaufhörlich aufeinander folgen, eben weil die Geschichte nicht linear ist. Jede neue Episode der Geschichte, egal wie ähnlich sie uns erscheint, ist immer terra incognita, ein Ort, der Überraschungen bereithält, auch wenn wir annehmen genau zu wissen, wohin wir gehen sollten und auf dieser Basis rasonieren.

Dramatische Zunahme der Gewalt

In den letzten Jahren hat die staatliche und nicht-staatliche Gewalt auf dem afrikanischen Kontinent wieder alarmierende Ausmasse angenommen. Und das, nachdem vor nicht allzu langer Zeit noch von einem neuen Wind die Rede war, der die Afrikaner:innen endlich in die Lage versetzen würde, die Versprechen der Unabhängigkeit zu erfüllen. Es gibt wieder Staatsstriche; militärische Gruppen, die hoffnungslos überforderte Staaten herausfordern, sind auf dem Vormarsch; in immer mehr Gebieten afrikanischer Staaten wachsen Zonen, in denen das staatliche Recht nicht greift oder, wenn doch, einfach ignoriert wird. Lernen die Afrikaner:innen nicht dazu? Ist der moderne Staat unvereinbar mit ihrer Art zu leben?

Die Herausforderung

einen Staat aufrecht zu erhalten

Nein. Was die Gewalt dokumentiert, ist eine einfache Wahrheit. Es ist leicht, einen Staat zu schaffen, aber sehr schwer, ihn zu erhalten. Die Afrikaner:innen sind nicht die ersten, die das erkennen. Die lange Geschichte der internen Kriege in Europa, die viele Jahrhunderte andauerten, zeigt dies. Was die Situation für Afrikaner:innen erschwert, ist die Tatsache, dass sie den Staat in einer Welt aufrechterhalten mussten, die nicht auf sie zugeschnitten ist, sondern auf diejenigen, die sie beherrschten, und sie damit ihre eigene Entwicklung verzögerten. Das zugrundeliegende Regelwerk entspricht letztlich den Interessen derjenigen, die heute eine dominante Position in der Welt einnehmen.

Der Blick, den wir auf die Gewalt in Afrika werfen müssen, ist ein Versuch zu verstehen, wie Afrikaner:innen die Terra Incognita, die die Aufrechterhaltung des Staates darstellt, unter bestimmten Bedingungen aushandeln. Das Entstehen von Bürgerwehren oder die Bemühungen, Sicherheit als ein Ganzes zu begreifen, das nicht nur physische Gewalt, sondern auch wirtschaftliches und soziales Wohlergehen einschliesst, sind Teil dieser ungewöhnlichen Verhandlung. Auch das Nachdenken über die Rolle, die eine konsequent auf die Förderung der Staatsbürgerschaft ausgerichtete Politik spielt, gehört zu diesem Versuch des Verstehens.

Es wäre gut, wenn wir Antworten hätten, vor allem endgültige Antworten. Aber vielleicht ist genau das unser Problem gewesen. Vielleicht ist es sinnvoller, noch mehr in eine bessere Formulierung der Probleme zu investieren, für die die Welt dem afrikanischen Kontinent in der Tat viele Antworten bietet. ■

Elísio Macamo ist Professor für Afrikastudien am Departement Gesellschaftswissenschaften der Universität Basel. Kontakt: elísio.macamo@unibas.ch

Gewalt – ein Politikum

Das Beispiel Burkina Faso

Wenn Regierungen ihre eigene Bevölkerung mobilisieren, um bewaffnete Konflikte zu lösen, oder Bürger:innen selbstständig zu Waffen greifen, hat das weitreichende politische Folgen. Viele Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, dass der Einsatz ziviler Gewaltakteur:innen häufig zur Eskalation führt. In Burkina Faso stellt sich die Situation komplexer dar. In den vergangenen Jahren sind nichtstaatliche Selbstjustizgruppen zu etablierten Institutionen der Konfliktschlichtung geworden und die Regierung weitet den Einsatz von Zivilist:innen – trotz internationaler Kritik – im Kampf gegen den Terror weiter aus. Dieser Beitrag von Melina Kalfelis wirft einen Blick hinter die Kulissen der aktuellen politischen Entwicklungen vor Ort.

Die Grausamkeit jihadistischer Gewalt ist in Burkina Faso zum Alltag geworden. Jeder Einzelne, so heisst es in den Strassen Ouagadougous, kennt inzwischen jemanden, der durch terroristische Gewalt ums Leben gekommen ist. Seit den ersten Angriffen im Jahr 2015 gelingt es weder dem Staat, noch internationalen Militärinterventionen, die Bevölkerung vor den tödlichen Attacken zu schützen und dem Terror ein Ende zu bereiten. Der neue Präsident Ibrahim Traoré, der die Macht im Oktober 2022 durch einen erneuten Militärputsch ergriffen hat, setzt im Kampf gegen den Terror nun auf einen stärkeren Einbezug von Zivilist:innen. Die sogenannten *Volontaires pour la Défense de la Patrie* (VDP) kommen in geringerer Zahl bereits seit einem Gesetzeserlass im Jahr 2020 zum Einsatz. Nach einem Appell

dessen wolle er eine «lokale Wagner» kreieren und auf die eigene Bevölkerung setzen – eine Entscheidung, die im Hinblick auf ethnische und religiöse Konfliktlinien kritisiert und zugleich als notwendiges Übel erachtet wird.

Die Koglweogo – Selbstschutz am Rande des Staates

Einige der sich freiwillig meldenden VDP sind oder waren Mitglieder der Koglweogo. Es handelt sich dabei um ländliche und urbane Selbstschutzgruppen, die sich im Jahr 2016 in vielen Regionen des Landes gründeten, um Diebstahl, Banditentum und Kleinkriminalität zu bekämpfen. Die meisten, die heute noch aktiv sind – davon allein mehr als 60 Gruppen in der Hauptstadt



Seit 2016 entstanden in Burkina Faso an vielen Orten wie hier in Ouagadougou Selbstschutztruppen (Bild: Melina Kalfelis 2021).

von Traoré im November 2022 haben sich 90 000 Männer und Frauen freiwillig gemeldet, um eine militärische Kurzausbildung zu durchlaufen. Damit wurden die Erwartungen der Regierung, die auf 50 000 Freiwillige gehofft hatte, weit übertroffen. Mit der Massnahme umgeht Traoré die Notwendigkeit, auf externe Unterstützung zu setzen. Obwohl er inzwischen, ähnlich wie der Nachbarstaat Mali, die französischen Truppen des Landes verwiesen hat, lehnt er eine militärische Kooperation mit der russischen Söldnergruppe Wagner ab. Statt-

Ouagadougou und den umliegenden Provinzen – verfügen über eigene Gefängnisse und führen Konfliktmediationen durch, bei denen sie mutmassliche Opfer, Angeschuldigte, Zeug:innen und Verwandte zusammenbringen, um über (Un-)Schuld, Entschädigungen und Strafen zu verhandeln. Zu diesen Strafen können finanzielle Abgeltungen an die Geschädigten, physische Formen von Züchtigung und kurze Gefängnisauenthalte gehören.

Die physischen Strafmethoden, die viele Koglweogo-Gruppen in ihrer Anfangszeit noch über soziale Medien zur Schau stellten, sorgten für internationale Schlagzeilen und Vorwürfe der Menschenrechtsverletzung. Für aussenstehende Beobachter:innen bestand kaum ein Zweifel daran, dass die Koglweogo ein fatales Übel seien, das Burkina Faso in einen Bürgerkrieg stürzen würde. Diese Befürchtungen haben sich bis heute nicht bestätigt. Zwar gab es einige interkommunale Zusammenstöße und gewalttätige Vorfälle im Zusammenhang mit den Koglweogo – insbesondere in den Jahren 2018/2019 – allerdings haben entsprechende Berichterstattungen seitdem rapide abgenommen. Stattdessen geriet das Problem der jihadistischen Gewalt mit jedem Jahr stärker in den Fokus. In einigen Regionen des Landes gibt es keine staatliche Aufsicht mehr. Tausende Schulen sind geschlossen und wichtige Handelsrouten unbefahrbar. Nicht nur in Anbetracht dieser Krise sind die Koglweogo zu einer weniger lautstark diskutierten Kraft im burkinischen Alltag geworden. Sie haben erreicht, was vergleichbaren Gruppierungen in anderen Ländern nicht gelungen ist: sich eine zwar ambivalente aber friedliche Position innerhalb der Gesellschaft zu erarbeiten. In vielen Ortschaften und Stadtvierteln besteht inzwischen eine informelle Zusammenarbeit zwischen Koglweogo und staatlichen Sicherheitsakteur:innen. Die verläuft zwar nicht immer konfliktfrei, aber basiert auf einer Reihe von informellen Absprachen, an die sich beide Seiten in einem ausreichenden Mass halten. Ausserdem konnten die Koglweogo die gesamtgesellschaftliche Stimmungslage zu ihren Gunsten beeinflussen. Insbesondere für den marginalisierten Teil der Bevölkerung bieten sie eine wichtige Anlaufstelle zur Streitschlichtung und Aufklärung von Diebstählen. Ihre Aufgabenbereiche lassen sich heute an der Schnittstelle von Selbstjustiz und Sozialarbeit verorten. Neben der Verbrechensbekämpfung verwalten sie die Vergabe von Mikrokrediten für lokale Vereine und vermitteln bei Landkonflikten. Ausserdem haben sie angefangen, sich im Bereich des Drogenentzugs zu engagieren und Drogenabhängige bei ihrer sozialen Reintegration zu unterstützen.

Ziviler Einsatz im Kampf gegen den Terror

Im Wandlungspotential der Koglweogo liegt ein Schlüssel für ihr Weiterbestehen. Die Fähigkeit der Gruppen auf gesellschaftliche Kritik und lokalspezifische Problemfelder adäquat zu reagieren ist einer der Hauptgründe dafür, dass sie trotz ihrer physischen Strafmethoden bis heute existieren und das Vertrauen der Bevölkerung eher stärken als schwächen konnten. Auf den Appell von Ibrahim Traoré zur Rekrutierung von VDP im November 2022 hin haben sich viele Mitglieder im urbanen Raum von Ouagadougou freiwillig gemeldet und ausbilden lassen. Während die Grenzen zwischen VDP und Koglweogo in den ländlichen Krisenregionen im Norden und Osten des Landes seit der Gründung der VDP im Jahr 2020 fließend sind, findet jetzt eine zumindest zeitweise Abwanderung von urbanen Koglweogo-Mitgliedern in die VDP statt, was verdeutlicht, dass die Koglweogo das Monopol des Staates weder kategorisch ablehnen noch den Staat schwächen oder abschaffen wollen. Entsprechende Befürchtungen

wurden sowohl in lokalen als auch in internationalen Medien immer wieder geäussert, nachdem die nationale Führung der Koglweogo im Jahr 2016 eine Institutionalisierung als Nachbarschaftspolizei durch den Staat abgelehnt hatte. Seitdem agierten die Gruppen weitgehend autonom, blieben aber informell auf das Wohlwollen und die Toleranz der Regierung angewiesen. In der Vergangenheit betonten sie vor diesem Hintergrund immer wieder ihre apolitische Haltung gegenüber der nationalen Politik und bewiesen dementsprechend Zurückhaltung während der Regierungswechsel und Militärputsche der vergangenen Jahre.

Einerseits wird die Abwanderung der Koglweogo-Mitglieder in die VDP innerhalb der Gruppen als Pflicht betrachtet. Wie die meisten Bürger:innen Burkina Fasos sind sie zermürbt von der Gewalt und den Gräueltaten, die sich in ihrem Land beinahe täglich ereignen. Andererseits wird der Übertritt kritisch gesehen, weil es sich vornehmlich um junge oder besonders sportliche Mitglieder handelt. Sie haben die Rolle der sogenannten *wibega* (Adler), die Patrouillen fahren, Straftäter:innen in Gewahrsam nehmen und während der Konfliktmediationen für Ordnung sorgen. Derweil bleiben die älteren und erfahreneren Mitglieder vor Ort, im Zentrum der Koglweogo, um zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, Strafanzeigen zu dokumentieren, sowie über Retribution und Strafe zu entscheiden. Mit der Abwanderung in die VDP wird den Koglweogo ein Teil ihrer Schlagkraft entzogen. Der Kampf gegen den Terror begünstigt einen neuen internen Transformationsprozess, der dauerhaft sogar zur Auflösung einiger Gruppen führen könnte.

Gewalt und Gegengewalt

Mit der grossräumigen Mobilisierung von Zivilist:innen im Kampf gegen den Terror betritt Ibrahim Traoré politisches Neuland. Zwar wurden bereits seit Beginn der Sahelkrise Selbstschutzgruppen wie die *Dan Amassagou*, eine *Dogon Miliz* in Mali, von internationalen Militärinterventionen eingesetzt, und in Burkina Faso sind VDP Milizen schon länger aktiv. Die aktuelle Rekrutierungswelle erreicht jedoch ein bisher ungewohntes Ausmass. Die Bewertung dieser Strategie fällt sehr unterschiedlich aus. Internationale Beobachter:innen und Menschenrechtsorganisationen verweisen bereits seit der Einführung der VDP auf eine verschärfte Diskriminierung der ethnischen *Fulbe*, die häufig beschuldigt werden, mit jihadistischen Gruppen zu kollaborieren. In Burkina Faso wiederum stösst Traorés Ansatz auf zurückhaltende Zustimmung. Es stellt sich die Frage, wie eine Demobilisierung der VDP gelingen soll und wie der Einsatz der VDP und die Schäden, die für deren Familien entstehen können, kompensiert werden. Zugleich geht der Glaube an zivile Konfliktlösungsmechanismen zunehmend verloren. Die Überzeugung setzt sich durch, dass es eine militärische Lösung braucht, um die Sicherheit im Land wiederherzustellen. Für immer mehr Menschen steht zu diesem Zeitpunkt fest, dass der Gewalt nur noch durch Gegengewalt ein Ende gesetzt werden kann und dass die burkinische Bevölkerung jetzt ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen muss – ohne französische und russische Streitkräfte. ■

Melina C. Kalfelis ist Juniorprofessorin für Sozial- und Kulturanthropologie mit Schwerpunkt soziale Zugehörigkeit. Im Fokus ihrer Forschung stehen Macht- und Aushandlungsprozesse in globalen Nord-Süd-Beziehungen sowie Phänomene von Gewalt und Strafe in Westafrika und Europa. Kontakt: melina.kalfelis@uni-bayreuth.de, www.mkalfelis.wordpress.com.

Gewalt und politische Legitimität in Afrika

Demokratisierung als Lernprozess unter spezifischen Beding

Die heutige Prävalenz von Gewalt und Konflikten in Afrika hat vielschichtige Gründe. Elísio Macamo nähert sich dem Phänomen an und diskutiert Faktoren von Religion bis zu wirtschaftlicher Ausgrenzung. Einen entscheidenden Faktor für die Schwierigkeiten sich demokratische Staatsstrukturen anzueignen sieht er darin, dass dieses Konzept in Afrika ohne den in Europa zu beobachtenden jahrhundertelangen Lernprozess und unter spezifischen strukturellen Bedingungen eingeführt wurde.

Auf dem afrikanischen Kontinent gibt es weltweit die meisten sogenannten «nichtstaatlichen Konflikte». Diese Tatsache geht aus einem Bericht einer dänischen Organisation hervor, die zwischen Konflikten zwischen Staaten und nichtstaatlichen Konflikten unterscheidet. Der Bericht zeigt mit nüchternen Zahlen, was in letzter Zeit offensichtlich geworden ist. Burkina Faso, der Tschad, die Demokratische Republik Kongo, Mali, Mozambique, Niger, Nigeria, Somalia, Burundi, die Zentralafrikanische Republik, Äthiopien, Kenya und Kamerun sind immer wieder Schauplatz von Gewalttaten, an denen staatliche Armeen konfrontiert mit Rebellen aller Art beteiligt sind.

Eine Tatsache ist dabei besonders beunruhigend. Afrika ist der Kontinent mit der absolut höchsten Zahl an Todesopfern durch einseitige Gewalt. Mit anderen Worten: Diese Gewaltakte richten sich gegen wehrlose Menschen. Demselben Bericht zufolge sind es vor allem bewaffnete Gruppen, die diese Gewaltakte ausüben, aber auch Staaten wie Burundi, Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, Mozambique, Eritrea, Äthiopien, Sudan und Süd-Sudan, die Demokratische Republik Kongo, Mali und Swasiland üben diese Art von Gewalt aus.

Die Kontinuität gewaltsamer Konflikte

Als die Demokratisierung in Afrika Ende der 1980er Jahre und nach dem Ende des «Kalten Krieges» stattfand, bestand die Hoffnung, dass der Kontinent eine neue politische Ära einläuten würde. Es wurde gehofft, dass diese Ära durch die Konsolidierung politischer Instrumente gekennzeichnet sein würde, die eine friedliche Lösung von Konflikten ermöglichen würden. Auch wenn die Konflikte, die heute in Afrika ausgetragen werden, nicht das Ausmass der antikolonialen Kriege oder die Intensität der Konflikte im Rahmen des Ost-West-Konflikts auf dem afrikanischen Kontinent haben, so hat es sie doch immer gegeben.

So gab es zum Beispiel zwischen 1989 und 2021 einen Anstieg der Kriege von etwa zehn auf etwa dreissig, mit einer entsprechenden Zunahme der Todesopfer von 3000 auf 6000. Auch auf der Ebene der Konflikte gab es im gleichen Zeitraum einen Anstieg von fünf auf fünfundzwanzig. Laut dem oben zitierten Bericht liegt der Unterschied zwischen Krieg und Konflikt in der Zahl der Opfer im Laufe des Jahres. Eine Zahl von 25 bis 999 Kampftoten innerhalb von 12 Monaten gilt als Konflikt. Bei einer Zahl von mehr als 1000 Gefechtsopfern wird aus einem Konflikt ein Krieg.

Der Faktor Religion

Es ist auch wichtig, auf die Morphologie der Konflikte selbst zu achten. Viele der Länder, die heute von Konflikten heimgesucht werden, haben es mit einer ganz bestimmten Art von Terrorismus zu tun, vor allem mit Terrorismus mit religiöser Ausrichtung. Die Forderungen der aufständischen Bewegungen in Nigeria, Burkina Faso, Mozambique und sogar Mali beruhen im Wesentlichen auf einer radikalen Auslegung des Islams. Es gab einmal eine Zeit in der politischen Geschichte Afrikas, in der Religion kein Faktor bei gewaltsamen Konflikten auf dem Kontinent war. Der grosse kenianische Politikwissenschaftler Ali Mazrui ging in den späten 1980er Jahren sogar so weit, das Ausbleiben gewaltsamer religiöser Konflikte mit dem Argument zu erklären, dass die afrikanische Religiosität polytheistisch geprägt sei. Dies stünde im Gegensatz zu den vorherrschenden Religionen in Europa und dem Nahen Osten, die im Wesentlichen monotheistisch und daher von Natur aus intolerant seien.

Der Islam als Faktor für gewaltsame Konflikte in Afrika ist aus zwei Gründen interessant. Erstens, weil er als «Franchise» fungiert, indem der Islamische Staat seinen Apparat zur Imageprojektion praktisch «verkauft», um den Gruppen, die sich unter seinem Dach präsentieren, einen kohärenten Zweck zu geben. Es ist zum Beispiel nicht klar, ob die Gruppen, die in Nigeria, der Demokratischen Republik Kongo oder sogar in Mozambique operieren, tatsächlich eine Verbindung zum Islamischen Staat haben, und ob alle Gräueltaten, die der Islamische Staat in Afrika verübt, wirklich mit der Gruppe in Verbindung stehen. Vieles deutet darauf hin, dass es sich lediglich um ein Etikett handelt, so wie in der Vergangenheit die einfache Behauptung des «Marxismus» dazu diente, Rebellengruppen ideologisch zu verorten, ohne dass ein festes Bekenntnis zu dieser Ideologie notwendig war.

Zweitens ist der Islam als Faktor in gewaltsamen Konflikten interessant, weil er der Gewalt einen moralischen Stempel aufdrückt. Es scheint, als ob die Gruppen, die sich in Afrika gegen den Staat erheben, dies aus moralischen Gründen tun, die über den Schutz der Religionsfreiheit hinausgehen. In Mozambique zum Beispiel hat der gewaltsame Konflikt im Norden des Landes zwar zum Teil seinen Ursprung in der Opposition, nach Meinung einiger Forscher:innen also in unterschiedlichen Auslegungen des Islams, aber was die Rebellengruppen am Ende einfordern, ist eine Lösung, die das Land moralisch retten soll. Das Gleiche gilt für Boko Haram in Nigeria und den islamistischen Aufstand in Burkina Faso.

Welche Bedeutung hat die Gewalt?

Diese Erkenntnisse werfen eine Reihe weiterer Fragen auf, von denen die wichtigste ist, welche Bedeutung diese Gewalt hat. In gewisser Weise ist das, was wir heute in Afrika sehen, viel mehr als nur die Herausforderung des Staatsaufbaus für diejenigen, die sich dieser Aufgabe nach dem Kolonialismus verschrieben haben. Die politische Instabilität, die für Afrika in den ersten drei oder vier Jahrzehnten der Unabhängigkeit charakteristisch war, wurde einfach damit erklärt, dass das strukturelle Erbe des Kolonialismus die Erfolgsaussichten des Staatsaufbaus ernsthaft beeinträchtigt hat-

te. Die durch den Kolonialismus geschaffenen staatlichen Einheiten waren ethnisch zu inkohärent, um einen friedlichen Prozess der Bildung und Konsolidierung von Nationalstaaten zu ermöglichen. Hinzu kam das Problem, dass die Unfähigkeit, die materiellen Bedürfnisse der Afrikaner:innen zu befriedigen, das Staatsprojekt unmittelbar gefährdete, weil es den Volksaufstand als Instrument der Rache förderte.

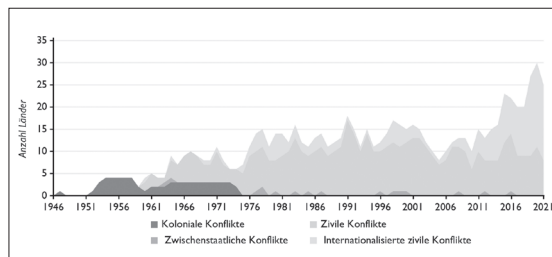
Legitimierung von Macht als Lernprozess

Heute muss die Interpretation vielleicht anders ausfallen. Ein Blick auf die europäische Geschichte legt einige Parallelen nahe. Es stimmt, dass diese Art von Vergleichen problematisch sein kann, weil wir dabei leicht in die lächerliche Falle tappen, die afrikanische Gegenwart als eine Art europäische Vergangenheit zu begreifen, die den kolonialen Zivilisationsdiskurs einst politisch legitimierte. Aber abgesehen davon ist es interessant festzustellen, dass die politisch unruhigste Zeit in der europäischen politischen Geschichte im späten 15. und frühen 16. Jahrhundert lag. Überall gab es Bürgerkriege, von England über Spanien bis nach Italien. Das Hauptmerkmal dieser Bürgerkriege war eine absolutistische Vorstellung von Macht, der es nicht an Legitimität fehlte. Deshalb kam es zu endlosen Konflikten innerhalb der Höfe und zum Widerstand des Volkes, insbesondere der Bauern, die die Steuerforderungen ablehnten, die das luxuriöse Leben der politischen Eliten finanzierten.

Seit der Unabhängigkeit hat der afrikanische Kontinent diese Art von Situation erlebt. Auch in Afrika scheint die absolute Macht ein gemeinsamer Nenner gewesen zu sein. Der einzige Unterschied ist jedoch, dass es im mittelalterlichen Europa keine Demokratie als Massstab gab. Deshalb lernten die Europäer in einem jahrhundertelangen Prozess auf die harte Tour, wie man die Ausübung von Macht legitimiert. Die Situation in Afrika ist heute anders. Es gibt die Demokratie als Referenz und damit zumindest theoretisch Aussicht auf Staatshilfen, auf deren Grundlage die afrikanischen politischen Eliten darüber nachdenken könnten, wie sie die Machtausübung legitimieren können.

Wirtschaftliche Ausgrenzung destabilisiert

Damit will ich nicht sagen, dass alles auf die Legitimierung von Macht hinausläuft. Die globale Wirtschaftsstruktur ist ein wichtiger Faktor, denn Armut hat das Potenzial, Menschen in die Gewalt zu treiben, um ihr Überleben zu sichern. Was einige Forscher zum Beispiel über die demografische Struktur Afrikas mit dem so genannten «Jugendüberschuss» sagen, hat direkte Bedeutung für das wirtschaftliche Argument. Die Existenz von Massen junger Menschen ohne Arbeit und Hoffnung macht Aufstände zu einer attraktiven Alternative. Bei vielen Konflikten in Afrika geht es auch um die illegale Ausbeutung von Ressourcen wie Mineralien, Tierhörnern und Holz. Im bewaffneten Konflikt im Norden Mozambiques ist die illegale Ausbeutung von Ressourcen durch junge Menschen, die sich durch offizielle Konzessionen enteignet fühlen, die an ausländische Unternehmen in Partnerschaft mit den lokalen politischen und wirtschaftlichen Eliten vergeben wurden, ein wichtiger Faktor für das Geschehen.



Bewaffnete Konflikte mit staatlichen Dimensionen in Afrika, 1946–2021 aus dem eingangs erwähnten Bericht. Quelle: Júlia Palik et al.: Conflict Trends in Africa, 1989–2021, PRIO Paper. Oslo 2022 (PRIO). www.prio.org.

Auch die Erfahrung der Kolonialisierung setzt dem heutigen Prozess des Staatsaufbaus und der Konsolidierung gewisse Grenzen. Der Staat, wie wir ihn heute kennen, ist eine Schöpfung der Europäer als Antwort auf die Herausforderungen, denen sie sich im Laufe ihrer eigenen Entwicklung stellen mussten. Es ist ein Unterschied, ob man die Idee des Staates als Teil der Konstruktion einer ganz bestimmten Welt entwickelt oder ob man einen Staat schaffen muss, um Teil der Welt zu sein. Bewaffnete Konflikte in Afrika haben daher historisch gesehen diese Prägung. Sie sind in gewissem Sinne Ausdruck der Schwierigkeiten, die die neuen Staaten in Afrika haben, sich in eine Welt zu integrieren, die nicht unbedingt auf sie zugeschnitten war.

Der Wahlsieg allein legitimiert die Macht nicht

Etwas sagt mir jedoch, dass die Gewalt in Afrika heute nicht losgelöst von den Parallelen zum mittelalterlichen Europa ist. In der Tat ist ein beständiges Merkmal der Politik in Afrika seit der Unabhängigkeit die Tendenz zur Personalisierung. Dieser Trend ist Ausdruck einer besonderen Art, Politik zu machen, die darin besteht, Macht auszuüben, ohne sich um ihre Legitimation zu kümmern. Während in der Zeit vor der Demokratisierungswelle, also bis 1989, die Legitimation im Diskurs über die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Menschen gesucht wurde, scheinen die afrikanischen politischen Eliten in der Zeit danach, also bis heute, von der Annahme auszugehen, dass der Wahlprozess selbst ausreicht, um der Machtausübung Legitimität zu verleihen. Mit anderen Worten: Es scheint nicht ernsthaft daran gearbeitet worden zu sein, einen politischen Modus zu entwickeln, der sich mit Legitimität als alltäglichem Plebiszit beschäftigt.

Obwohl zum Beispiel die demokratischen Verfassungen der meisten afrikanischen Länder eine begrenzte Amtszeit der Präsidenten vorsehen, gab es in praktisch allen Ländern immer wieder Präsidenten, die eine Änderung der Verfassung vorschlugen, um weitere Amtszeiten zu ermöglichen. Auch wenn die gewaltsamen Konflikte nicht unbedingt mit den Ländern übereinstimmen, in denen diese Absichten geäußert wurden, haben sie in gewisser Weise genau diese Frage nach der Legitimität der Macht an sich gemeinsam. Afrikaner:innen bringen sich nicht nur deshalb gegenseitig um, weil es für Länder, die erst spät zur «Staatlichkeit» gekommen sind, schwierig ist, einen solchen Staat aufzubauen, sondern auch, weil die Kultur der politischen Eliten zunehmend im Widerspruch zu dem steht, was getan werden muss, um die Legitimität der Macht sicherzustellen. ■

Elísio Macamo ist Professor für Afrikastudien am Departement Gesellschaftswissenschaften der Universität Basel. Kontakt: elísio.macamo@unibas.ch.

«One Security»

Für ein ganzheitliches Verständnis von Sicherheit

Ausgehend von den teilweise gewalttätigen Protesten nach den Wahlen in Kenya vom März dieses Jahres, diskutiert der Kulturanthropologe Mwenda Ntarangwi die Hintergründe von Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung, die Sicherheitsproblemen in Afrika oft zugrunde liegen. Er plädiert für ein breit angelegtes Verständnis von Sicherheit und Massnahmen zur Herstellung von Sicherheit.

Der Monat März 2023 war ein schwieriger Monat für Kenya. Nach den heftig umstrittenen Parlamentswahlen von 2022, deren Ergebnisse bis zum Urteil des Obersten Gerichtshofs in Nairobi angefochten wurden, herrschten in der Öffentlichkeit Unzufriedenheit und gemischte Gefühle gegenüber der neuen Regierung. Die Unzufriedenheit, die vor allem von der Opposition ausging, gipfelte in öffentlichen Demonstrationen. Diese arteten am 27. März 2023 aus, als Einzelpersonen auf das Land des ehemaligen Präsidenten Uhuru Kenyatta drangen, Bäume fällten und Hunderte von Schafen stahlen. Am 29. März wurden Pressevertreter:innen angegriffen und ihre Ausrüstung beschädigt, als sie vor Ort in einer Direktübertragung von den Demonstrationen berichteten. Bei den Auseinandersetzungen gab es Tote und Verletzte.

Das Thema Sicherheit muss ganzheitlich gedacht werden – Lebensverhältnisse wie im Stadtteil Kibera von Nairobi können nicht die Bedingungen für Sicherheit bieten (Bild: Stefan Magdalanski 2010).



Die darauf folgende Unsicherheit erinnerte die Kenyaner:innen an die Gewalt nach den Wahlen im Jahr 2008. Doch warum sollten Menschen, die die negativen Auswirkungen der Gewalt von damals miterlebt hatten, sich auf Aktivitäten einlassen, die zu einer ähnlichen Situation führen könnten? Und warum sollte jemand auf die Strasse gehen und an Massendemonstrationen teilnehmen, die gewalttätig werden und sich negativ auf Unternehmen und Infrastrukturen auswirken würden, die der Allgemeinheit nützen? Es wurde vermutet, dass diejenigen, die sich an der Gesetzlosigkeit beteiligten, von Politiker:innen aus eigennützigen Mo-

tiven bezahlt wurden. Andere behaupten, dass es sich bei den Teilnehmer:innen um dafür angeworbene arbeitslose Jugendliche handelte. Aber warum sollten sich arbeitslose Jugendliche an solchen Aktivitäten beteiligen, wenn sie von ebenjenen Strukturen und Gebäuden profitieren könnten, die sie zerstören? Um diese scheinbar irrationalen Handlungen zu verstehen, müssen wir sie unter dem Aspekt der Sicherheit betrachten und diese als vielschichtiges Phänomen denken.

Was auf den Strassen zu beobachten war, ist nur ein Symptom für tiefer liegende Probleme, die oft unbeachtet bleiben. Zu den von den Demonstrant:innen gegen die Regierung vorgebrachten Beschwerden gehören beispielsweise die hohen Lebenshaltungskosten, die scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber der Notlage der Armen, während die Regierenden weiterhin auf grossem Fuss leben, sowie die Arbeitslosigkeit und die fehlenden Möglichkeiten den Lebensunterhalt zu bestreiten. Die katastrophale Lage der einkommensschwachen Bevölkerungsmehrheit hat sich durch die Ausfälle in der auf Regen angewiesenen Landwirtschaft noch verschlimmert, weshalb viele Menschen hungern und Tausende von Tieren sterben mussten.

Für eine ganzheitliche Betrachtung

Ich sehe einen Zusammenhang zwischen dem Fehlen einer sinnvollen Lebensgrundlage, der Ernährungsunsicherheit und der Bereitschaft der Einzelnen, gerade jene Strukturen zu zerstören, die ihnen von Nutzen sein könnten. Deshalb stütze ich meinen Lösungsvorschlag auf einen Ansatz, den ich «One Security» nennen möchte. Analog zum Modell «One-Health» der WHO, das einen «integrierten, vereinheitlichenden Ansatz mit dem Ziel eines nachhaltigen Gleichgewichts und der Optimierung der Gesundheit von Menschen, Tieren und Ökosystemen» beinhaltet, geht «One Security» von einem vielschichtigen, integrierten und langfristigen Ansatz zum Umgang mit verschiedenen sozioökonomischen und politischen Herausforderungen aus, die letztlich unsichere Verhältnisse produzieren. Indem ich den Begriff Sicherheit auf diese Weise verwende, vermeide ich es, Sicherheit auf Handlungen im Bereich der persönlichen Sicherheit, Instabilität und Gefahr zu beschränken, und dehne ihn stattdessen auf alle Aspekte der menschlichen Würde, des Lebensunterhalts, der Zufriedenheit und der Zugehörigkeit aus.

Es gab zwar viele Reaktionen auf die Klagen über die Unsicherheit in Kenya, aber keine davon beinhaltete dauerhafte Lösungen. Die Dürre, die das Leben der Menschen seit Jahrzehnten beeinträchtigt, wurde ebenso wenig angemessen angegangen wie Viehdiebstahl, gewalttätiger Extremismus oder die politische Unzufriedenheit nach Parlamentswahlen. Ich vertrete die Auffassung, dass ein erfolgreiches Eingreifen nur dann möglich ist, wenn es vielschichtig und langfristig angelegt ist, unabhängig davon ob es von öffentlicher oder privater Seite initiiert wird. Wenn wir die Ursachen der Unsicherheit in Kenya betrachten, stellen wir fest, dass sie alle miteinander verbunden sind. Wer arm und hungrig ist, kann leicht mit dem Versprechen auf Nahrung und ein besseres Leben manipuliert werden (Ernährungssicherheit). Wer nicht gesund oder krank ist, wird verletzlich und kann sich nicht gegen einen An-

griff wehren (Gesundheitssicherheit). Wer über unzureichende Bildung verfügt, fällt leicht auf Falschinformation und Manipulation herein. Wer sich von seiner Gemeinschaft abgelehnt fühlt, schliesst sich schnell einer Gruppe an, die ein Gefühl der Zugehörigkeit verspricht (persönliche Sicherheit). Wenn ein Bevölkerungsteil oder eine Gruppierung, aus welchen Gründen auch immer, ausgegrenzt und diskriminiert und ihnen die vollumfängliche politische Partizipation verwehrt wird, können sie zum Treiber von Aggressionen gegen Staat oder Regierung werden (Sicherheit der Gemeinschaft). Politische und ökologische Unsicherheit sind weitere Formen der Unsicherheit, die der UN-Treuhandfonds für menschliche Sicherheit (UNTFHS) identifiziert hat. Wie passt das alles zusammen?

Vielfache Verletzbarkeit

Nehmen wir den Fall von James (Name geändert), einem fünfundzwanzigjährigen Mann, der in Kibera, Nairobi, lebt. James verlor auf dem Höhepunkt der Covid-19 Pandemie im Jahr 2021 seine Stelle als Reinigungskraft im Industriegebiet von Nairobi und hat seitdem keine reguläre Arbeit mehr gefunden. An guten Tagen bekommt er einen Aushilfsjob auf einer Baustelle und verdient genug, um Essen für seine Frau und sein kleines Kind zu kaufen und etwas Geld für die Miete auf die Seite zu legen. Obwohl seine Einzimmerwohnung nicht das ist, was er sich erhofft hatte, als er aus seiner ländlichen Heimat in Nyanza auswanderte, geht es ihm viel besser als einigen seiner Geschwister, die zurückgeblieben sind. Als James am 9. August 2022 sehr früh aufwachte, war er sich sicher, dass sich sein Leben nach der Wahl seines Verwandten und Präsidentschaftskandidaten, Raila Odinga, ändern würde. Leider war das nicht der Fall, und die umstrittenen Wahlen wurden vom Obersten Gericht Kenyas zugunsten von Odingas Hauptgegner, dem derzeitigen Präsidenten William Ruto, entschieden. Da er den offiziellen Wahlergebnissen nicht traute und glaubte, dass viele Kenyaner:innen seine Luo-Gemeinschaft hassen, war James mehr als bereit, dem Aufruf von Odinga zu Massendemonstrationen im März 2023 zu folgen, in der Hoffnung, dass Odinga Präsident würde. Ohne eine feste Einkommensquelle ist James verletzlich und durchaus bereit, sich an Massendemonstrationen zu beteiligen, um die hohen Lebenshaltungskosten und die umstrittenen Präsidentschaftswahlen zu bekämpfen. Was hat er zu verlieren, wenn er auf die Strasse geht, um zu demonstrieren?

Menschen wie James können für kriminelle Aktivitäten angeworben werden – zu mehr als bloss der Teilnahme an Massendemonstrationen. Sie sind verletzlich, haben wenig oder nichts zu verlieren und sind empfänglich für Propaganda, die ihnen ein besseres Leben verspricht als jenes, das sie gerade führen. Für James verspricht die Beteiligung an kriminellen Aktivitäten eine Linderung seiner Notlage. Um die Sicherheitsprobleme anzugehen, muss die Regierung daher einen langfristigen Ansatz verfolgen und in alle wichtigen Bereiche menschlicher Bedürfnisse investieren: Ernährung, Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Frieden, Zugehörigkeit, Umwelt und nicht diskriminierende Strukturen.

Die Ursachen angehen

Oftmals bekämpft die Regierung eher die Symptome als die Ursachen der Unsicherheit. In der nördlichen Region Kenyas kommt es zum Beispiel regelmässig zu Viehdiebstählen. Mitte Februar 2023 entsandte die Regierung Einheiten, um das Banditentum im Norden zu bekämpfen. Angesichts der anhaltenden Dürre, die zu Hunger und Verzweiflung führt, war eine Zunahme des Viehdiebstahls vorprogrammiert. Das Vorgehen der Regierung konnte das Problem nicht eindämmen, die Angriffe der Milizen gingen weiter. Dabei wurden Menschen getötet, darunter auch Polizeibeamte, die in dem Gebiet Dienst leisteten. Um das Problem des Viehdiebstahls in den Griff zu bekommen, muss die Regierung mehr tun, als Sicherheitskräfte in die betroffenen Gebiete zu schicken. Sie muss in die Infrastruktur investieren, Strassen bauen, die die Region und ihre Bewohner:innen mit dem Rest des Landes verbinden, Wasser bereitstellen, eine Grundlage für tragfähige wirtschaftliche Aktivitäten schaffen, einschliesslich der Teilhabe an den Einnahmen aus den lokalen Ressourcen, und für die persönliche und gemeinschaftliche Sicherheit sorgen. Diese Aufgaben können nicht in wenigen Jahren bewältigt werden.

Einbezug der Wissenschaft

Ein One-Security-Ansatz erfordert auch, dass Wissenschaftler:innen aus verschiedenen Disziplinen zusammenkommen und ihr Fachwissen und ihre Erfahrungen austauschen, um Lösungen für die komplexen und vielschichtigen Probleme der Unsicherheit in Kenya und Afrika insgesamt zu finden. Das aus einer solchen Zusammenarbeit gewonnene Wissen wird für die Bewältigung der anhaltenden, durch Unsicherheit produzierten Probleme von entscheidender Bedeutung sein. Man kann nur hoffen, dass die jüngste Zusage von US-Vizepräsidentin Kamala Harris in Ghana im März 2023, dass die Vereinigten Staaten 100 Millionen USD als Sicherheitshilfe für Ghana, Benin, Togo, die Elfenbeinküste und Guinea bereitstellen werden, genutzt wird, um die Sicherheitsprobleme ganzheitlich anzugehen, anstatt nur den gewalttätigen Extremismus in diesen Ländern einzudämmen. ■

Mwenda Ntarangwi hat an der University of Illinois im Bereich Kultur- und Anthropologie promoviert. Er lehrte unter anderem an der Calvin University in Michigan und ist jetzt Professor an der National Defense University, Kenya. Kontakt: mwendantarangwi@gmail.com.

Afrika in Kürze

Klimawandel

Schuldenstreichung zu Gunsten von Präventionsmassnahmen

Unter anderem aufgrund der aufgedrängten, kostspieligen Covid-Impfkampagnen sind viele Länder in Afrika und anderswo wieder hoch verschuldet. 60 Prozent der ärmsten und 30 Prozent der Länder mit mittleren Einkommen sind bereits überschuldet und zahlungsunfähig oder stehen an der Schwelle dazu. Schon vor den Budgetbeschlüssen sind ihre Staatsfinanzen durch fällige Zins- und Rückzahlungen geschröpft. Gleichzeitig verursacht im Süden der Klimawandel bereits Katastrophen von nie gesehenem Ausmass, wie jüngst der Zyklon Freddy in Malawi und Mozambique. Ob der im Oktober 2022 an der UN-Klimakonferenz COP27 beschlossene Fonds für Klimaschäden im Süden schon greift, ist fraglich.

Eine im August 2022 anlässlich des G7-Gipfels in Anwesenheit von über 30 Staaten gegründete Kampagne will den verhängnisvollen Zusammenhang zwischen Schulden und fehlenden Finanzen für Prävention und Schadensbehebung aufbrechen: Debt for Climate! Die Kampagne führt eine doppelte Argumentation: Schulden verhindern nicht nur präventive Massnahmen gegen Klimaschäden, sondern zwingen die Staaten darüber hinaus, bisher unangetastete Lagerstätten von fossilen Energieträgern um jeden Preis zur Ausbeutung anzubieten (so gerade auch in Planung im Virunga-Park im Kongo und am Okavango). Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) bestätigte diesen verheerenden Effekt von Schulden, und der Generalsekretär der UNO nahm das Thema als Priorität auf die diesjährige Agenda. Auch der Papst setzte sich für die Kampagne ein, indem er die beiden lateinamerikanischen Initiant:innen im Vatikan empfing. ■

Diversity

LGBTQ-Tabu als Kulturwert

Die weltweite Kampagne der LGBTQ-Organisationen für Gleichstellung und Rechtsschutz hat im südöstlichen Afrika staatliche Abwehrschlachten ausgelöst. Es mag die Nachbarschaft zu verbliebenen matrilinearen bis matrifokalen Ethnien in Tanzania, Kenya, Uganda, Mozambique sein, die die patrilinearen Mehrheiten mit diesem aggressiv-männlichen Duktus ausgestattet hat. Dieser realisierte sich leider schon in der Vergangenheit durch vermehrte Femizide und – zumindest in Südafrika – mit Vergewaltigungskampagnen(!) gegen lesbische Frauen. Das Bröckeln starr definierter Geschlechterrollen und die sexuelle Orientierung von Minderheiten bringt die nach Kolonialismus und Apartheid wieder etablierte patriarchale Autorität offensichtlich in Gefahr. In Tanzania und Zambia bestätigten die Regierungen die Anti-gay-Gesetze aus Kolonialzeiten. Kenya will in den meist geschlechtsgetrennten Internaten Priester einsetzen, um eine «Infiltration durch LGBTQ-Ideologien» zu unterbinden. Nachdem der Erzbischof von Canterbury die gleichgeschlechtliche Ehe legitimierte, hat der Erzbischof Kenyas mit der Sezession der anglikanischen Kirche Afrikas gedroht. Stellungnahmen der amerikanischen Botschafter:innen zugunsten einer menschenrechtlich begründeten Toleranz liessen afrikanische Medien fragen, was die US-Vizepräsidentin auf ihrem PR-Besuch diesbezüglich im Schilde führen könne. In Ghana wurden «eigene kulturelle Werte» betont und Ugandas Parlament verabschiedete verschärfte Gesetze gegen Homosexuelle und Queers bis zur möglichen Todesstrafe und schränkte jede Toleranz und geschäftlichen Umgang mit den Diskriminierten ein. Wegen der Proteste von Seiten der USA und der EU hat Präsident Museveni allerdings davon abgesehen, das Gesetz zu unterzeichnen. ■

Fischereiwesen

Rechte veräussert

Afrikas Fischgründe werden zum Leidwesen der lokalen Fischer heute weitgehend von internationalen Flotten ausgebeutet. Dies scheint nicht zur Gänze selbstverschuldet. So hat Namibia bei der Staatsgründung vor 33 Jahren alle Rechte auf Fischgründe einem nationalen Gremium übertragen unter Enteignung der zahlreichen ausländischen Firmen, die sich lange daran gütlich getan hatten. Zwar gab damals die zuständige staatliche Kammer die Rechte nur an namibische Bürger:innen aus – allerdings offenbar vielfach an Scheinfirmen, die nicht in der Fischerei tätig jedoch politisch gut vernetzt waren. Diese verkauften oder teilten die Rechte vor allem mit einem isländischen Fischereiunternehmen. Ein früherer Manager dieser Firma hat nun auf Wikileaks zahllose Dokumente öffentlich gemacht, welche die korrupte Basis der Joint Ventures und den Verlust aller Einnahmen des namibischen Staates als eigentlichem Besitzer aufzeigten.

Gemäss der britischen Environmental Justice Foundation (EJF) gehören auch in Ghana – in Verletzung des ghanaischen Gesetzes, das die Fischerei unter seiner Flagge regelt – über 90 Prozent der industriellen Fischkutter chinesischen Korporationen. EJF hat nun Missbräuche und Übergriffe – darunter das Verschwinden eines engagierten Fischereinspektors – gesammelt und systematische Verbrechen gegen die Menschlichkeit festgestellt: Auch hier verhindern im Hintergrund die profitierenden Seilschaften zwischen Verwaltung, chinesischen Vorgesetzten und der Korporation Klagen vor Gericht, indem sie Nicht-Korruptierbare systematisch bedrohen und verfolgen. ■

Durchleuchtung eines Molochs

Die südafrikanische Online-Zeitung The Daily Maverick (DM) veröffentlichte 2021 einen von zimbabweischen Journalist:innen recherchierten Bericht über State Capture. Deren tiefeschürfende Kritik der politischen und ökonomischen Situation, beschränkte sich nicht auf eine Auflistung aller nach internationalen Standards anrüchigen Geschäfte, Gesetzgebungen und Personalverbindungen, sondern stellte die ganze Palette illegaler Kartelle und die durch diese beförderte politische Kollusion vor.

Der Bericht stellt fest, dass in Zimbabwe das Kartellwesen die höchste Verflechtungsstufe erreicht hat: Als Typ 1 werden Kartelle zwischen privaten Firmen bezeichnet, die sich über Preisabsprachen Profite zuschanzen. Beim Typ 2 erlaubt einfache Korruption die Verbindung einzelner Beamter mit Firmen und somit entsprechende Praktiken. Typ 3 schliesslich bezieht das politische System mit seinen Institutionen und höchsten Akteuren mit ein: State Capture, also der feste, jeder Konkurrenz entthobene Zugang protegierter Firmen zu Aufträgen und Subventionen der Regierung wird hier gepaart mit regelmässiger Profitbeteiligung, teilweise auch (über Teil-Enteignung erreichten) Mitbesitz durch politische Figuren und Entitäten «oberhalb» der Regierung und Verwaltung. Diese sind Ersteren aufgrund von Klientelverhältnissen willfährig, nehmen entsprechende gesetzliche Regelungen vor und legitimieren Abläufe. Wer zimbabweische Geschichte verfolgt, kann leicht erraten, wer die politischen Figuren und Entitäten sind, die hier analysiert werden: die regierende Partei und ihre Hauptexponenten. ■

Mafiöser Goldhandel

Der katharische Fernsehsender Al Jazeera strahlt eine vierteilige Enthüllungsserie zum illegalen Goldhandel aus, die das schon erwähnte Kartellwesen in Zimbabwe als konkretes Beispiel ins Zentrum stellt. Die internationalen Verknüpfungspunkte gehen auf Mugabe zurück, der mit einem indo-kenyanischen Goldhändler paktierte, um für den Export zimbabweischen Goldes die richtigen Verbindungsleute zu Banken in Dubai, Hong Kong und Macau zu finden. Dieses kann aufgrund der westlichen Sanktionen nicht mehr legal gehandelt werden. Mugabe brauchte Dollars, um die nicht mehr konvertierbare Währung zu stützen und Kredite, um Importe zu ermöglichen. Insbesondere brauchte er zusätzliche Mittel, um die Alleinherrschaft seiner Partei und deren Wahlsieg zu sichern. Unter Mnangagwa als Präsident setzt sich das Dreiecksgeschäft automatisiert fort: Die von der Nichte des Präsidenten geleitete Dachorganisation der Gold-Mineure liefert das Gold in die Schmelze, von wo es steuerfrei an den entsprechend angewiesenen Kontrollorganen vorbei nach Dubai ausgefliegen wird. Die Empfänger zahlen den Gegenwert auf ein Bankkonto, von wo das Geld den Weg zurück nach Zimbabwe findet. Das dortige Ziel ist allerdings nicht die Staatskasse, sondern – erneut steuerfrei – Konten einer Firma, die zwar der Zentralbank angeschlossen, jedoch nicht mit ihr identisch ist. Hier steht das Geld den obersten Protektoren des Geldwaschautomaten zur Verfügung. Selbstverständlich bleiben an allen Stationen bestimmte Prozentsätze hängen, um alle Beteiligten bei der Stange zu halten. ■

www.youtube.com/@aljazeeraenglish > Gold Mafia

Gesetzesverschärfung gegen NGOs

Zimbabwe's Senat hat ein Gesetz zur Kontrolle von «privaten Freiwilligen-Organisationen» (einst verfasst, um Geldwäsche durch private Clubs zu unterbinden) dergestalt verschärft, dass es nun Hilfsorganisationen einschliesst. Ähnlich wie in Russland verdächtigt die Regierung NGOs, sich von internationalen Organisationen unterstützen zu lassen, um auf diesem Wege die Opposition zu finanzieren. Die Dachorganisation der NGOs zählt fast 800 Mitglieder, die insbesondere Gemeinschaften in deren Kampf mit der wirtschaftlichen (Dauer-)Krise unterstützen. Sie müssen nun nicht nur Verfolgung und Verhaftung befürchten, sondern auch Konfiszierung von Spendengeldern und den Rückzug ausländischer Geldgeber, da diese Behinderungen in der Abwicklung scheuen und ein Verschwinden von Geldern auch ihre eigene Organisation in Gefahr bringt. ■

Lithium-Lagerstätten gehen an chinesische Bergbauunternehmen

Die unlängst entdeckten Lithium-Lagerstätten in den zimbabweischen Midlands scheinen bereits in guten Händen: Grosse Teile wurden Anfang 2023 für 678 Millionen USD an drei chinesische Bergbauunternehmen verkauft. Im November 2022 waren an die 5000 handwerkliche Mineur:innen mit Polizeigewalt vom Gelände vertrieben worden. Damit wiederholte sich das Vorgehen, das 2006 mit der Räumung der Diamant-Felder von Marange (nach zwei Jahren informeller Nutzung) eine breitere Öffentlichkeit schockiert hatte: Beim damaligen Polizei-Einsatz starben 200 Schürfer:innen. Es ist noch nicht bekannt, ob wegen der Lithium-Mine Dörfer umgesiedelt werden müssen. Dies ist ein weiterer Krisenfaktor, da selbst versprochene Entschädigungen oder Hilfen wie in Marange die Bevölkerung nicht erreichten oder nie ausbezahlt wurden. Noch immer fehlt das Bewusstsein, wie gefährlich eine solche Vernachlässigung ist: Das Abseitsstellen der Bevölkerung ressourcenreicher Gebiete hat bereits an einigen Orten Afrikas langanhaltende Unruhen und Bündnisse mit Terrorgruppen ausgelöst. ■

Mozambique-Skandal der Credit Suisse

Vorbote ihres Untergangs

Nachdem die Machenschaften der Credit Suisse-Führung jetzt auch die Schweiz in Mitleidenschaft ziehen, ist es an der Zeit, sich wieder dem Mozambique-Skandal zuzuwenden, der ein ganzes Land weiter in die Armut stürzte. Thomas Kesselring hat sich seit Bekanntwerden der Geheimkredite für die Aufarbeitung dieses Skandals eingesetzt. Wir drucken seinen Beitrag im Infosperber vom 22. März 2023 in leicht gekürzter Form ab und danken für die Genehmigung.

Der Mozambique-Skandal war einer der grössten Skandale, in welche die Credit Suisse (CS) verwickelt war. Und er gilt als der am schwersten wiegende Wirtschaftsskandal in Schwarzafrika der letzten Jahrzehnte. Die an Mozambique vergebenen Kredite verstiessten gegen die Verfassung Mozambiques. Sie hätten vom dortigen Parlament abgesegnet werden müssen, aber das Parlament war umgangen worden. Trotzdem verkündete die CS in ganzseitigen Zeitungsinseraten, sie halte sich «an die Gesetze aller Länder».

Im Namen von Rat Kontrapunkt publizierte Ende 2016 der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich mit mir zusammen ein Inserat mit einem offenen Brief an die CS-Spitze mit Fragen zu den Umständen der Kreditvergabe in Mozambique. Fünfzig bekannte Persönlichkeiten aus der Schweiz hatten den Brief mitunterzeichnet. Die CS reagierte mit Schweigen.

Mehrfach stellte ich an CS-Generalversammlungen Fragen an den Verwaltungsrat. Die Antworten von Präsident Urs Rohner klangen so, als nähme er die Fragen gar nicht wirklich ernst. An einer Aktionärsversammlung im Mai 2017, in der es um die Zustimmung zu einer Kapitalaufstockung ging, wies ich auf die aus dem Mozambique-Debakel resultierenden Sammelklagen aus den USA hin. Präsident Rohner unterbrach mich: Das tue jetzt nichts zur Sache, es gehe lediglich um die Kapitalaufstockung.

Zwei Jahre später – drei Investmentbanker der CS London waren inzwischen von einem New Yorker Gericht in der Mozambique-Angelegenheit angeklagt – wollte sich Rohner nicht mehr an meine Interventionen erinnern: Er sei schockiert über das Vorgefallene, er habe aber erst aus der amerikanischen Anklageschrift davon erfahren. Die drei Banker hätten selbständig und kriminell gehandelt, man sei von ihnen arglistig getäuscht worden.

Schwache Reaktionen der juristischen Behörden

Jahrelang hüllten sich die Aufsichtsbehörde Finma und die Bundesanwaltschaft in Schweigen. Im Oktober 2021 – fünfeinhalb Jahre, nachdem ein Artikel im Wall Street Journal international Ausmass und Tragweite des Skandals bekannt gemacht hatte – äusserte sich die Finma erstmals zum Fall und versteckte sich dabei im Windschatten der Bankenaufsichts-Organe der USA und Englands. Diese auferlegten der CS zeitgleich eine Busse von 500 Millionen USD wegen Täuschung der

Bonds-Käuferschaft plus eine Senkung der Schuldforderungen an Mozambique von 200 Millionen USD wegen der Schmiergelder, die die Kredite ermöglicht hatten. Die Finma hingegen beschränkte sich auf einen Rüffel.

Schon im April 2019 hatte Public Eye in Sachen Mozambique eine Strafanzeige gegen die CS eingereicht. Einige Monate später meldete die Bundesanwaltschaft, sie ermittle gegen unbekannt. Viel mehr als das hat sie meines Wissens auch später nicht mehr verlauten lassen.

Desinteresse und Überforderung der Medien

Die Medien verlangten von der CS nie, den Skandal aufzuklären und den angerichteten Schaden zu begrenzen. Im Gegensatz dazu informierten und kommentierten sie breit über die Abstürze mit Greensill und Archegos, bei denen es um den Verlust von einigen Milliarden ging. Im Fall Mozambique geriet ein ganzes Land mit 31 Millionen Einwohnern in eine jahrelang anhaltende wirtschaftliche Schiefelage. Mindestens eine Million Menschen rutschten in die absolute Armut ab. Im Bildungs- und im Gesundheitswesen wurde gespart, die Sterblichkeit nahm zu. Die Auswirkungen des Mozambique-Skandals waren wesentlich grösser als die Folgen von Greensill und Archegos.

Auch in den jetzigen Rückblicken auf die Management-Fehler der CS-Führung erwähnen die Medien den Mozambique-Skandal fast nie.

Massiver Druck auf kritische Medien

Der Mozambique-Skandal hat andererseits einmal mehr gezeigt, wie mächtige Firmen versuchen, eine kritische Berichterstattung abzuwürgen. Wegen der Berichte zum Mozambique-Debakel erhielten Infosperber und ich als Autor Drohbriefe, allerdings nicht von der CS, sondern von der in den Skandal involvierten libanesischen Schiffbaufirma Privinvest. Infosperber erhielt eingeschriebene Post und E-Mails von zwei der teuersten internationalen Anwaltskanzleien sowie zwei grossen PR-Unternehmen in London. Den vollständigen Druckversuch dokumentierte Infosperber im Artikel «Konzernbesitzer Iskandar Safa wollte Infosperber einschüchtern» (verfügbar auf www.infosperber.ch).

In den letzten Monaten musste sich auch in Acht nehmen, wer Schlechtes über die CS berichtete. Im Dezember 2022 verklagte CS-Präsident Axel Lehmann die Plattform Inside Paradeplatz und kurz darauf auch noch die Medien, die am 20. Februar 2022 unter Swissleaks eine Zusammenstellung mehrerer CS-Skandale in Erinnerung riefen. Als klar wurde, dass das schlingernde Schiff nicht mehr auf Kurs zu bringen war, suchte man Sündenböcke bei den Medien.

Parallelen zwischen der Mozambique-Affäre und der Abwicklung der Credit Suisse

Zwischen dem Milliarden-Kreditskandal und dem CS-Untergang fallen Gemeinsamkeiten auf: die Passivität in der Schweiz und das Handeln auf Druck aus dem Ausland. Bei den Enthüllungen zum Mozambique-Skandal kamen sämtliche Hinweise von ausserhalb der Landesgrenzen – meistens aus den USA, obwohl diese am Skandal gar nicht aktiv beteiligt waren: vom Wall-

street Journal, von der Audit-Firma Kroll, vom US-Justizministerium, von der US-Finanzmarktaufsicht (in diesem Fall wirkte die englische Börsenaufsicht mit). Die zuständigen Schweizer Institutionen hingegen – Finma, Bundesverwaltung, Bundesrat – hielten sich jahrelang zurück. Ihre wenigen Statements waren zahnlos. Noch immer befassen sich in mehreren Ländern – USA, England, Südafrika, Mozambique – Gerichte mit der Mozambique-Affäre. In der Schweiz – Sitz der CS und zweier weiterer in den Skandal verwickelter Firmen – untersucht hingegen kein Gericht die Ereignisse.

Ein ähnliches Bild bietet sich, wenn man das Schicksal der CS in ihren letzten Wochen betrachtet: Das Vertrauen in die Bank ist im Ausland viel früher geschwunden als in der Schweiz, wo noch zwei Tage vor dem Grounding CS-Aktien gekauft wurden. Die massiven Geldabflüsse, bis zu zehn Milliarden USD pro Tag, gingen offensichtlich vom Ausland aus – vor allem von südostasiatischen Ländern. Als es brenzlich wurde, traten die Wirtschaftsminister:innen diverser Länder in Aktion und instruierten den Bundesrat, was er zu tun habe. Die angekündigte Too-big-to-fail-Regel wurde im Interesse der Finanzmärkte der USA und der EU in der Schublade gelassen und eine ganz andere, nie zuvor diskutierte «Lösung» mit Notrecht durchgesetzt.

Der CS-Mozambique-Skandal im Überblick

2013

Die CS London vergibt einen Kredit von 1,004 Milliarden USD an die libanesische Schiffbaufirma Prinvest, die angeblich eine Fischereiflotte, vor allem aber ein militärisches Küstenschutzprojekt in Mozambique bauen will. Die russische Staatsbank beteiligt sich mit weiteren 1,003 Milliarden an diesem Deal. An zwei von drei Krediten sind die CS und VTB beide beteiligt.

Ein hoher Mitarbeiter der Londoner CS-Filiale, der gegen die Kreditvergabe an Prinvest von Anfang an mit guten Gründen sein Veto einlegt, wird entlassen. «Wegen einer internen Umstrukturierung», wie es im Banken-Jargon heisst.

Für das Kreditgeschäft fliessen 200 Millionen USD an Schmiergeldern, davon ein ansehnlicher Teil an die drei verantwortlichen Investmentbanker der CS London. Diese verlassen im August 2013 die Bank und gründen in der Zürcher Altstadt eine Zweigfirma von Prinvest, welche die finanziellen Transaktionen im Zusammenhang mit dem Mozambique-Projekt abwickelt. Sie wird Ende 2016 aufgelöst.

Die CS- und VTB-Kredite auf Rechnung von Mozambique sind allesamt verfassungswidrig und werden vor dem mozambikanischen Parlament geheim gehalten. Auch die Gläubigerländer, der IWF und die Weltbank sind entgegen den Vereinbarungen nicht informiert.

2016

Im April deckt das Wallstreet Journal die Existenz der Kredite auf. Die Verwicklung der CS wird jetzt international publik. IWF, Weltbank und Geberländer, darunter auch die Schweiz, frieren ihre Entwicklungshilfe für Mozambique ein. Das Land muss Insolvenz anmelden. Für die

Bevölkerung beginnt eine jahrelange Hungerkur. Schätzungsweise eine Million Menschen versinken in absoluter Armut.

Ab 2016

Prinvest liefert Fischerei- und Küstenschutzboote aus. Sie gelten aber als unbrauchbar und verrostet im Hafen von Maputo. Die Audit-Firma hält sie zudem für massiv übersteuert.

2019

Die drei verantwortlichen CS-Banker bekennen sich vor einem New Yorker Gericht schuldig. In Mozambique werden an die zwanzig am Skandal beteiligte Personen festgenommen.

2021/2022

In einem ausgedehnten Gerichtsverfahren in Maputo werden die meisten Angeklagten verurteilt (siehe Afrika-Bulletin Nr. 189).

Ab 2017

Am Genfer See hat eine weitere Filiale des Schiffbauers Prinvest ihren Hauptsitz. Ihr Präsident gehört zu den Ideengebern des Küstenschutzprojekts, das sich zum Skandal auswuchs.

2023

Der Londoner High Court befasst sich mit den eingegangenen Klagen und Gegenklagen. Die Gläubiger, die einen Teil der Kredite finanzierten und von der CS getäuscht wurden, bereiten eine Sammelklage gegen die verantwortliche Schweizer Bank vor. Die Verhandlungen sind auf September/Oktober 2023 angesetzt. Die Forderungen werden auf 500 bis 1000 Millionen Dollar USD geschätzt.



Zeitzeuge über 40 Jahre Postkolonie im südlichen Afrika

bm. Ausgehend von seinem Engagement in der deutschen Solidaritätsbewegung verbrachte Helmut Orbon als Mitarbeiter verschiedener Institutionen rund 40 Jahre im südlichen Afrika. In seinen Memoiren verbindet er die politischen Entwicklungen mit dem subjektiven Erleben eines engagierten Europäers, der sich seiner Situation als Aussenstehender bewusst bleibt. Sympathisch und für den unverkrampften Stil des Buches charakteristisch, wie Orbon wiederholt zugibt, dass er mit seinen Einschätzungen der Situation danebenlag. Dabei spielte er eine Rolle, die ihn in Zentrumsnähe zu den historischen Umbrüchen in Zimbabwe wie in Südafrika brachte. Das erlaubte ihm, den persönlichen Kontakt zu wichtigen Akteur:innen in beiden Ländern zu pflegen – zuerst als Landesbeauftragter beim Aufbau des Deutschen Entwicklungsdienstes in Zimbabwe (1982–1988), danach als Leiter des Zimbabwe Institute on Southern Africa unter dem Cold Comfort Farm Trust (1988–1993). Dieses Programm, das wesentlich von der Schweiz finanziert wurde, spielte eine Rolle bei den Verhandlungen zum Ende der Apartheid, indem es Gespräche zwischen den Befreiungsbewegungen und südafrikanischen Meinungsmacher:innen organisierte. Danach war Orbon für das Südafrikaprogramm der deutschen DGTZ verantwortlich (1993–2002) und bis zu seiner Pensionierung 2011 für die Southern Africa Development Community in Botswana tätig. Sein mehr erlebnisnaher als analytischer Bericht, der sich durchaus kritisch mit den eigenen Erwartungen und Illusionen bezüglich der Befreiungsbewegungen auseinandersetzt, ist packend, gerade wenn man die geschilderten, sehr dramatischen

Entwicklungen mit Anteilnahme mitverfolgt und miterlitten hat – auch wenn viele Fragen unbeantwortet bleiben. ■

Helmut Orbon: Grenzüberschreitungen 2022 (Eigenverlag). Das Buch kann online bestellt werden bei hw.podoll@t-online.de.

Auf den Spuren eines verkannten Schriftstellers

ef. Ein afrikanischer Autor publiziert in Frankreich einen herausragenden Roman, wird hochgelobt und mit einem Literaturpreis ausgezeichnet, doch bald darauf des Plagiats beschuldigt, worauf er sich zurückzieht und nie mehr etwas veröffentlicht. Das erinnert nicht zufällig an das Schicksal des malischen Autors Yambo Ouologuem, dem Mohamed Mbougar Sarr sein Buch widmet. Bei Sarr heisst der Autor T.C. Elimane und wurde Ende der 1930er Jahren als «schwarzer Rimbaud» gefeiert, bevor er, zu Unrecht als Plagiator gebrandmarkt, auf mysteriöse Art verschwand.

Der Ich-Erzähler Diégane Latyr, ein junger Senegalese, der sich selber als Schriftsteller versucht, stösst siebzig Jahre später auf das Buch T.C. Elimanes und ist fasziniert von dessen ungeheurer, fast magischer Kraft. Er will das Geheimnis um den verschollenen Autor erkunden und taucht immer tiefer in dessen Welt ein. Einiges erfährt er von Siga D., einer älteren, skandalumwitterten Schriftstellerin, die aus Elimanes Familie stammt. Sie hat ihm das unauffindbare Buch geschenkt. Sie habe es auswendig gelernt, sagt sie, es habe sie gerettet, als sie durch Höllen ging.

Schicht um Schicht deckt Diégane die Geheimnisse um T.C. Elimane auf. Hatte er etwas mit dem Tod sämtlicher Kritiker:innen, die sich mit seinem Buch befasst haben, zu tun? Warum ist er nach seinem Studium in Paris nie mehr zu seinen Eltern im Senegal zurückgekehrt? Warum verbrachte er Wochen mit seinem Verleger im Norden Frankreichs?

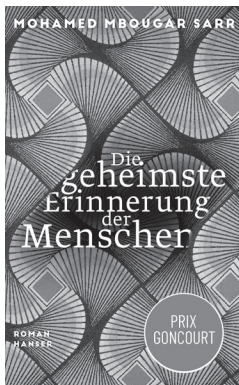
Und was suchte er in Argentinien? In seinem komplexen, manchmal labyrinthisch wirkenden Roman verbindet Mohamed Mbougar Sarr diese spannende Recherche mit einem unverstellten Blick auf die Szene der in Paris lebenden Afrikaner:innen, einer subtilen Satire des französischen Literaturbetriebs und mit den Schicksalen von eigenwilligen und bemerkenswerten Frauen und Männern zwischen Afrika und Europa. Immer wieder aber geht es auch um die Spannung zwischen Schreiben und Leben, über das Schreiben als Herausforderung nach radikaler Ehrlichkeit, als Auseinandersetzung mit der eigenen Identität. ■

Mohamed Mbougar Sarr: Die geheimste Erinnerung der Menschen, München 2022 (Hanser).

Kondensierte Ekstase

red. Dieser preisgekrönte Roman – ein frühes Hauptwerk der postkolonialen Literatur – fasziniert mit einer verdichteten, mythischen und ekstatischen Geschichte Afrikas. In glühenden Farben erzählt Yambo Ouologuem die Geschichte des imaginären westafrikanischen Reiches Nakem und der Dynastie der Saïfs, die sich mit Gewalt, schwarzer Magie und diplomatischer List an der Macht hält. Die Saïfs profitieren von der versklavten Bevölkerung und weiden sich an deren Verstümmelung. Sie behaupten sich gegen die französischen Kolonisatoren und die christliche Kirche. Das dichte, blutige Fresko reicht vom 13. Jahrhundert bis in das Jahr 1947, an die Schwelle zur Unabhängigkeit. Hier weitet sich die Szenerie nach Frankreich aus, wohin Raymond-Spartacus Kassoumi, Sohn eines Leibeigenen, zum Studium geschickt wird ... Die deutsche Übersetzung dieses Meisterwerks wurde 2019 neu aufgelegt, um im Lichte unserer Zeit neu gelesen zu werden. ■

Yambo Ouologuem: Das Gebot der Gewalt. Aus dem Französischen von Eva Rapsilber. Zürich 2019 (Elster Verlag).





Zum Gedenken an Stella Chiweshe und Neuerscheinungen aus dem Kongo und Burkina Faso

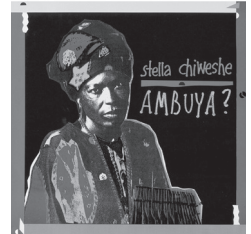
Stella Chiweshe gilt als weibliche Pionierin des Mbira-Spiels. Am 20. Januar 2023 ist sie im Alter von 76 Jahren von uns gegangen. Stella brachte als erste weibliche Musikerin und Sängerin, anfänglich gefördert von ihrem Grossonkel, die Kultur ihres Volkes der Shona in die weite Welt. Unter dem Joch des Kolonialismus und der Kirche war diese grosse und tiefe Kultur unterdrückt, ja verbannt worden. Dazu kam, dass es in der traditionellen Shona-Gemeinschaft nicht opportun war, als Frau das Daumenklavier Mbira zu spielen. Schon 1974 galt Stella Chiweshe als Königin der Mbira. Da kam auch schon ihr erster grosser Hit Kashawa auf den Markt. 1980 endete die Kolonialzeit. Zimbabwe war geboren und Stella Chiweshe nun aktiv in der neu gegründeten National Dance Company tätig. Später lebte sie abwechselnd in Deutschland und

Zimbabwe. Sie wurde Mitgründerin des Chivanhu Centre, einem Zentrum für die Shona-Kultur in den Bergen nördlich von Harare. 1987 kam die vielbeachtete und weltweit vertriebene Platte *Ambuya?* heraus. Sie trat bei John Peel Radio-Sessions und WOMAD-Festivals auf und machte ausgedehnte Tourneen. Virginia Mukweshu führt das Werk ihrer Mutter als grosse Musikerin und Aktivistin bis heute weiter.

Nun geht es von tiefer Tradition in die Zukunft mit Lady Aicha & Pisco Crane's Original Fulu Miziki Band of Kinshasa. Die Band um die Sänger:innen und Perkussionist:innen Lady Aicha und Pisco Crane macht Cyberpunk auf kongolesische Art. Beeinflusst von Konono No 1, Staff Benda Bilili oder Jupiter & Okwess International wird hier mit viel Kraft und Können ein einzigartiger Sound kreiert. Harte Texte werden von einer energiegeladenen Musik bestehend aus viel Perkussion, sowie Bass, Gitarre und Elektronik begleitet, die Tradition radikal mit der Moderne verbind-

et. Tatsächlich findet sich auf der neuen Platte *N'Djila Wa Mudjimu* ein Stück mit Namen Kraut – eine Anspielung auf den psychedelischen Krautrock. Auch live ist die Band ein Ereignis: extravagante Kostüme, rasender Sound – Afrofuturismus in Reinform.

Aus Burkina Faso kommen Baba Commandant & The Mandingo Band. Mitten in politischen Wirren und bürgerkriegsähnlichen Zuständen nahmen sie in Ougadougou ihre neue Platte *Sonbonbela* auf. Die Band macht eine Art Nonstopsound. Treibende, nie ermüdende Tanzmusik wie sie so selten zu hören ist. Verschiedene Musikstile kommen zusammen. Afrobeat, Mandingo-Musik und Wüstenblues unterlegt mit einer abgefahrenen Lead-Gitarre. Baba Commandant ist ein gutes Beispiel für die wunderbare Entwicklung afrikanischer Musik. Hier nun ohne Elektronik, rein instrumental mit treffendem Gesang. ■



Stella Chiweshe. *Ambuya?* Piranha Music 1987.

Lady Aicha & Pisco Crane's Original Fulu Miziki Band of Kinshasa. *N'Djila Wa Mudjimu*. Nyege Nyege Tapes 2022.

Baba Commandant & The Mandingo Band. *Sonbonbela*. Sublime Frequencies 2022.

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen, medien@comedia-sg.ch, www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika (Bild: CD Talking Mbira, Piranha Records 2002, www.piranha.de/ www.stellachiweshe.com).

Ankündigungen

50 Jahre Afrika-Komitee – 50 Jahre Solidarität

Das Afrika-Komitee kann 2023 seinen 50. Geburtstag begehen. Anlass zur Gründung gab 1973 die Einladung der Kolonialmacht Portugal als Ehrengast an die Industriemesse Comptoir Suisse in Lausanne. In klarer Abgrenzung zur offiziellen Schweiz, die sich demonstrativ hinter den Besitzanspruch Portugals auf seine afrikanischen Kolonien stellte, bekundete die antikoloniale Schweiz in einer grossen Demonstration ihre Solidarität mit den für ihre Freiheit kämpfenden Völkern in Angola, Guinea-Bissau, Kap Verde und Mozambique. Nach dem Fall des faschistischen Salazar-Regimes in Portugal stand der Befreiungskampf in Zimbabwe sowie der Kampf gegen die rassistischen Regimes in Namibia und Südafrika im Zentrum der Arbeit des Komitees. Später kamen die Westsahara und Eritrea dazu.

Regelmässige Besuche von Vertretungen der Befreiungsbewegungen sorgten für den nötigen Fluss an sonst nicht verfügbarer Information. Mit seinen Publikationen – ab September 1976 erscheint das Afrika-Bulletin – sowie mit Veranstaltungen und Standaktionen gab das Komitee diese Informationen weiter und bot den Befreiungsorganisationen damit eine Plattform, auf der sie einem breiteren Publikum in der deutschsprachigen Schweiz ihre Ziele darlegen konnten. Darüber hinaus unterstützte das Komitee den Befreiungskampf auch mit humanitärer Hilfe.

Die hohen Erwartungen des Komitees haben sich nach der Unabhängigkeit der jeweiligen Länder nicht erfüllt. Die Gründe dafür sind komplex. Anders als vergleichbare Organisationen hat sich das Komitee jedoch weiterhin intensiv mit den Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent auseinandergesetzt, hat versucht über Tagesaktualitäten hinaus Zusammenhänge und Kausalitäten zu verstehen, den Anteil des Nordens und insbesondere der Schweiz an negativen Dynamiken zu beleuchten. 190 Ausgaben des Afrika-Bulletins zeugen von dieser Arbeit, seit 2010 erfreulicherweise in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass sich im Bereich der Wahrnehmung einiges verändert hat. Dazu gehören die beginnende Auseinandersetzung mit der Rolle der Schweiz als Profiteurin von Sklaverei und Kolonialismus sowie die Wahrnehmung der Bedeutung Afrikas für die vergangene und zukünftige Menschheitsgeschichte.

Save the Date

Unser Jubiläum wollen wir am *Samstag, 9. September 2023* mit einem Fest in der Querfeldhalle im Gundeldingerfeld in Basel feiern u.a. mit einem von Ruedi Küng, ehemaliger Afrikakorrespondent von Radio SRF, geleiteten Gespräch mit Mitgliedern des Afrika-Komitees sowie mit Marcel Dreier, Geschäftsführer von fepa. Den Rahmen für Begegnungen mit alten und neuen Freund:innen bilden ein Video zur Entstehungsgeschichte des Komitees sowie ein Apéro mit südafrikanischem Jazz. Die Einladung folgt!

Jubiläen feiern auch zwei mit dem Afrika-Komitee freundschaftlich verbundene Organisationen:

Der schwerpunktmässig in Zimbabwe tätige Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika fepa wird 60 Jahre alt und lädt zu einem festlichen Anlass am Freitag, *29. September 2023* in Basel.

Der Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe Solifonds begeht seinen 40. Geburtstag.



www.afrikakomitee.ch



www.fepafrika.ch



www.solifonds.ch